

8/SN-381/ME

BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung  
1011 Wien, Postgasse 8  
(0222) 515 51-0  
DVR: 0000205

GZ 109421/III-32/94

An die  
Parlamentsdirektion

Betrifft GESETZENTWURF	
Zl. .... 26 ...	GE/19. 14
Datum: 27. MRZ. 1994	
Verteilt 28. April 1994	

*St. Moser*

25. April 1994  
Bearbeiter: Mag. Haupt  
Nebenstelle: 3211 DW

Betreff: Entwurf - BDG-Novelle 1994; Änderung GG 56, VBG 48, PG 65,  
NG-ZulG, DVG 84, EKUG u. Verw.AkadG; Begutachtungsverfahren

Zur Vorlage an das Präsidium des Nationalrates übermitteln wir  
über Ersuchen des Bundeskanzleramtes im Rahmen des Begutachtungs-  
verfahrens zum Entwurf des Bundesgesetzes, mit dem das  
Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG-Novelle 1994), das Gehalts-  
gesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensions-  
gesetz 1965, das Nebengebührengesetz 1948, das Bezügegesetz, das  
Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, die Bundesforste-Dienst-  
ordnung 1986, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das  
Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Verwaltungsakademiegesetz  
geändert werden, 25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme.

Für den Bundesminister

Dr. Käry

FdRdA

*Moser*

Beilagen

ABSCHRIFT

BUNDESMINISTERIUM FÜR ÖFFENTLICHE WIRTSCHAFT UND VERKEHR  
Generaldirektion für die Post- und Telegraphenverwaltung  
1011 Wien, Postgasse 8  
(0222) 515 51-0  
DVR: 0000205

GZ 109421/III-32/94

An das  
Bundeskanzleramt

Ballhausplatz 2  
1014 Wien

Wien, 25. April 1994  
Bearbeiter: Mag. Haupt  
Nebenstelle: 3211 DW

Betreff: BDG-Novelle 1994; Änderung GG 56, VBG 48 und andere;  
Begutachtungsverfahren - Stellungnahme

Zu dem mit GZ 920.196/1-II/A/6/94 vom 14. März 1994 übermittelten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Beamten-Dienstrechtsgesetz 1979 (BDG-Novelle 1994), das Gehaltsgesetz 1956, das Vertragsbedienstetengesetz 1948, das Pensionsgesetz 1965, das Nebengebührengesetz, das Bezügegesetz, das Landeslehrer-Dienstrechtsgesetz 1984, die Bundesforste-Dienstordnung 1986, das Dienstrechtsverfahrensgesetz 1984, das Eltern-Karenzurlaubsgesetz und das Verwaltungsakademiegesetz geändert werden, übermitteln wir nachstehende Stellungnahme.

**Zu Art. I Z 3:**

Im § 83 Abs. 1 Z 4 BDG 1979 müßte die Zulässigkeit einer Leistungsfeststellung auf den im Entwurf der Änderung des § 23 Abs. 5 Z 1 lit. b des Verwaltungsakademiegesetzes vorgesehenen Personenkreis - zutreffendenfalls unter Berücksichtigung unseres zusätzlichen Vorschlages zu Art. XI Z 1 - ausgedehnt werden.

**Zu Art. XI Z 1:**

In konsequenter Fortführung der durch die BDG-Novelle 1993 er-

folgten Gleichhaltung einer abgeschlossenen Hochschulausbildung mit der erfolgreichen Ablegung der Reifeprüfung an einer höheren Schule als Erfüllung eines Ernennungserfordernisses sollte zusätzlich zu den im Entwurf vorgesehenen Zulassungsmöglichkeiten auch den Absolventen eines nicht im Studium der Rechts-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften bestehenden abgeschlossenen Hochschulstudiums die Möglichkeit der Zulassung zum Aufstiegskurs an der Verwaltungsakademie des Bundes eröffnet werden.

**Zu Art. XI Z 2:**

Wir ersuchen, die Z 2 im § 30 Abs. 2 des Entwurfes als Z 3 zu bezeichnen und folgende Z 2 einzufügen:

"2. bei einer inländischen Einrichtung Dienst leisten, die im alleinigen oder überwiegenden Eigentum des Bundes steht,"

Eine Ergänzung der zitierten Gesetzesbestimmung wäre erforderlich, um zu vermeiden, daß nach der in Aussicht genommenen Strukturänderung der Post- und Telegraphenverwaltung für Bedienstete desselben Unternehmens, die nicht Beamte sind, keine Möglichkeit einer Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen bei der Verwaltungsakademie des Bundes mehr besteht.

Außerdem wäre u.E. die bereits anlässlich unserer Stellungnahme zum Besoldungsreformgesetz angeregte Änderung folgender Bestimmungen des BDG 1979 sowie des Verwaltungsakademiegesetzes erforderlich:

**Anlage 1 Z 2.3. lit. j zum BDG 1979**

Die Z 2.3. lit. j der Anlage 1 zum BDG 1979 wäre ersatzlos zu streichen.

Die die Verkehrsleiterprüfung regelnde Post- und Telegraphenprüfungsordnung 1953 wurde durch die Verordnung über die Grundausbildungen für die Besoldungsgruppe "Beamte der Post- und Telegraphenverwaltung", BGBl.Nr. 139/1984, in der Fassung der Verordnung BGBl.Nr. 238/1990 außer Kraft gesetzt und die Regelung der Grundausbildung II auch zur Regelung der Grundausbildung B für Verwendungen im Dienst in der Post- und Telegraphenverwaltung einschließlich der Ausbildung für Verkehrsleiter erklärt. Durch eine in Aus-

arbeitung stehende neue Grundausbildungsverordnung für den Bereich der PTV sollen die Inhalte der früheren Verkehrsleiterprüfung sowie vergleichbare Ausbildungsinhalte für weitere Verwendungen zur Gänze in den Bereich der berufsbegleitenden Fortbildung verlagert werden, wodurch die gesetzliche Verankerung der Ausbildung für Verkehrsleiter in der Anlage 1 zum BDG 1979 obsolet wird.

#### § 23 Abs. 6 Verwaltungsakademiegesetz

Ausdehnung der für Bezieher einer Verwendungszulage gem. § 30a Abs. 1 Z 1 GG 1956 geltenden Regelung auf Bezieher einer Verwendungszulage gem. § 82d Abs. 1 GG 1956 wegen dauernder Höherverwendung auf einem Arbeitsplatz der Verwendungsgruppe PT 1 oder PT 2 (mit Hochschulstudium).

#### § 23 Abs. 7 Verwaltungsakademiegesetz

Im Falle einer Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderung des § 23 Abs. 6 ersuchen wir, die den Beziehern einer Verwendungszulage gem. § 30a Abs. 1 Z 1 GG 1956 gleichgehaltenen höherwertig verwendeten Beamten der Post- und Telegraphenverwaltung auch im § 23 Abs. 7 Z 1 des Verwaltungsakademiegesetzes bei der Zulassung zum Aufstiegskurs vorrangig zu berücksichtigen.

25 Ausfertigungen unserer Stellungnahme wurden dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet.

Für den Bundesminister

Dr. Kary